Neue Freie Presse 36
26./VI. 1918

[Die absolute Unmöglichkeit eines Staatsbankerotts.] Im Verein „Eisernes Oesterreich" hielt heute abend der Direktor der Anglo-österreichischen Bank Herr Siegfried Rosenbaum einen Vortrag über die absolute Unmöglichkeit eines Staatsbankerotts. Der Vortragende führte das Folgende aus: Es ist notwendig, die absolute Unmöglichkeit eines Staatsbankerotts nachzuweisen, nachdem auf die volle Unwahrscheinlichkeit eines solchen bereits ausreichend und von maßgebenster Stelle hingewiesen worden sei. Als Staatsbankerott nach landläufiger Auffassung wäre jedes, auch das geringfügigste Abgehen von den im Prospekt und im Text der Anleihetitres feierlich gegebenen Zusagen anzusehen. Binnen kurzem werden etwa 35 Milliarden Kriegsanleihe in unseren Wirtschaftskörper hineingepreßt sein. Alle wirkenden Teile unserer Volkswirtschaft sind mit Kriegsanleiheanlagen, mit Kriegsanleiheverpflichtungen vollkommen durchsetzt. Alle für unsere Volkswirtschaft wichtigen finanziellen und sozialen Einrichtungen sind nunmehr, da eine wahre Hochflut von Emissionen über sie hinweggegangen ist, mit der Kriegsanleihe auf Gedeih und Verderb verbunden. Es sind dies alle Kreditinstitute (Kreditgenossenschaften, Sparkassen, Banken), alle Versicherungsgesellschaften, die Allgemeine Pensionsanstalt, die Arbeiterkrankenkassen, die Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten, die Versorgungsfonds der Eisenbahner und Bergwerksarbeiter, die Religionsfonds, Wohltätigkeitsstiftungen, geistliche Stifte und Klöster, schließlich auch die Landesverwaltungen und die Mehrzahl der Gemeinden und natürlich auch die Postsparkasse. Der geringste Vertragsbruch, ja nur die ernstliche Erörterung eines solchen würde voraussichtlich einen schweren Kurssturz der Kriegsanleihen herbeiführen, und damit wären alle diese Einrichtungen, welche Kriegsanleihe für eigene Rechnung gezeichnet oder große Beträge, die meist weit über das eigene Vermögen hinausgehen, beliehen haben, auf das schwerste geschädigt, wahrscheinlich sofort zum Stillstand und Ruin verurteilt. Die Zerstörung dieser altbewährten Einrichtungen für unseren Kredit- und Zahlungsverkehr sowie für unsere soziale Fürsorge würde uns die normale Fortführung unserer Wirtschaft unmöglich machen, jeden Wiederaufbau von vornherein ausschließen und zu einem vollkommenen Chaos führen. Zu erörtern bleibt die Frage, wie der Staat die ungeheuren Beträge aufbringen soll, mit welchen künftighin sein Budget belastet sein wird. Der Abg. Steinwender hat kürzlich die Staatsausgaben nach dem Kriege auf mindestens 9 Milliarden gegenüber 3 Milliarden vor dem Kriege geschätzt. Selbstverständlich würde sich die Aufgabe der Finanzverwaltung in dem Maße leichter gestalten, als das Volkseinkommen, wenn es auch in Gütern ausgedrückt, noch lange hinter dem Friedenseinkommen zurückbleibt, dennoch nach diesem Kriege in Kronen ausgedrückt, wesentlich höhere Ziffern umfaßt als im Frieden. Es liegen wohl schwere Bedenken vor, in dieser Richtung zu weit zu gehen, zumal unser wirtschaftliches Verhältnis zum Ausland dadurch den größten Erschwerungen begegnen würde, aber es ist doch sicher, daß wir uns künftighin in einer anderen Ziffernwelt wie vor dem Kriege bewegen werden müssen; bei einem Volkseinkommen von 13 Milliarden Kronen, wie es vor dem Kriege errechnet wurde, kann der Staat ein Ausgabenbudget von 9 Milliarden nicht haben. Die Verteuerung aller Preise und Einkommen wird die Neigung zur Ueberwälzung in allen Schichten der Bevölkerung aufs äußerste steigen. Auch die Arbeiter und Festangestellten werden überwälzen, sowie sie schon jetzt, so weit es in ihren Kräften steht, an der Ueberwälzung teilhaben. Nur einer kann nicht überwälzen und das ist der Rentner. Der Kriegsanleihebesitzer ist gewiß von einem Vertragsbruch nicht bedroht. Aber die Kaufkraft seines in Ziffern unveränderlichen Einkommens wird erst von der zukünftigen Entwicklung entschieden werden. Neben dem Problem der klaglosen Aufbringung der für den Zinsendienst erforderlichen Summen, das durch dauernde Hochhaltung der Preise und Einkommen am leichtesten, aber auch am leichtfertigsten gelöst werden könnte, taucht ein anderes, noch wenig besprochenes Problem auf, das Problem des Staatsrentenvermögens. Im Frieden hat der im Volkseinkommen enthaltene Anteil des Staatsrentenvermögens dem speziellen Anlagebedürfnis des Volkes, dem Rentnerbedürfnis entsprochen. Das hat der Krieg geändert. Es ist ein ungeheuer großes Staatsrentenvermögen geschaffen worden. Das Problem der Aufbringung des Zinsendienstes ist gewiß lösbar, aber ein in seiner Entwicklung vorläufig nicht zu übersehendes Problem voller Gefahren ist das Problem, von einer Bevölkerung, die in ihrer wirtschaftlichen Bildung so wenig gleichmäßig und zum Teile nicht genügend fortgeschritten ist und deren wirtschaftliche Disziplin keineswegs durchaus verläßlich erscheint, zu verlangen, daß sie ihre alten Gewohnheiten so rasch und so gründlich ändert und in einem ganz ungewöhnlichen Ausmaße Rentner wird. Die wirtschaftliche Entwicklung würde es erfordern, daß das große, neu geschaffene Staatsrentenvermögen mit den speziellen wirtschaftlichen Intentionen des Rentners jahrzehntelang durchgehalten und nur sukzessive und ungefähr gleichzeitig mit den Tilgungen und mit der Kapitalsneubildung in Realvermögen umgewandelt wird. Der Vortragende hält es für unbedingt notwendig, das durch den Krieg geschaffene Ueberschußvermögen, welches teils direkt als Staatsrentenvermögen, teils in der Form von Banknoten und Geldeinlagen auftritt und so wieder häufig indirekt das Staatsrentenvermögen finanziert, durch eine entsprechende Vermögensabgabe von vornherein herabzusetzen, und er kommt zu dem Schlusse, daß wir ein Gleichgewicht in unserer Wirtschaft nicht früher haben werden, bis unser Volksvermögen genau so wie vor dem Kriege sich zusammensetzen wird: aus dem Realvermögen als der Summe aller Verkehrswerte der nach objektiver Methode ermittelten Vermögensstücke und dem Staatsrentenvermögen, wobei aber das Staatsrentenvermögen in seinem Gesamtbetrage dem direkten und indirekten Rentnerbedürfnis der Bevölkerung gleichkommen müßte. Um zu diesem Gleichgewichte, wie es vor dem Kriege zu konstatieren war, zu gelangen, müssen wir wohl drei Mittel zu gleicher Zeit zur Anwendung bringen: starke Steigerung der Produktion zum Zwecke der Kapitalsneubildung, Vermögensabgaben bis zu einer vernünftigen Grenze und Hochhaltung aller Preise und Einkommen durch indirekte Abgaben, Monopole und Tariferhöhungen. Die Besserung liegt bei uns selbst, Arbeit und Sparen jedes einzelnen muß sie bringen. Wir können uns ruhig darauf verlassen, daß auch jede künftige Regierung, was immer für Fehler sie vielleicht machen wird, es absolut vermeiden wird, die Verkehrswege in die Luft zu sprengen, welche es ermöglichen, daß die Tätigkeit des einzelnen eine Wirkung auf das Ganze übt. Ob fünf Millionen Einzelwirtschaften in der Erzeugung und im Verbrauche vernünftig oder unvernünftig wirtschaften, das allein entscheidet im Laufe der Jahre unser Schicksal und nur die kluge, unserer besonderen Lage genau angepaßte Wirtschaft zu fünf Millionen Einzelwirtschaften kann uns aus dem wirtschaftlichen Verfall herausführen, in welchen uns der Krieg gebracht hat. Der Vortrag fand allgemeinen lebhaften Beifall.